

Land/Region

Kündigung wegen Fotos auf Facebook

EINIGUNG Mann, der wegen Rückenleidens krankgeschrieben war, trug schwangere Braut

Krefeld. Er war wegen eines Bandscheibenvorfalles krankgeschrieben, hob aber bei seiner Hochzeit seine schwangere Frau hoch – und veröffentlichte Fotos davon auf Facebook: Das hat einen Lageristen aus Viersen jetzt seinen Job gekostet. Der 21-Jährige einigte sich mit seinem bisherigen Arbeitgeber auf einen Vergleich. Es bleibt bei einer Kündigung – allerdings wurde die fristlose Entlassung in eine „normale“ Aufhebung des Arbeitsverhältnisses umgewandelt. Außerdem erhält der 21-Jährige – inzwischen Vater eines Kindes – eine Abfindung.

Ein ursprünglich für diesen Freitag geplanter Verhandlungstermin am Arbeitsgericht Krefeld fällt nach der Einigung aus. Der Lagerist hatte dort eigentlich seine Kündigung verhindern wollen (Az.: 3 Ca 1384/13).

Auf Facebook waren drei Fotos eingestellt, die zeigten, wie der 21-Jährige bei der Hochzeit im Juni seine hochschwangere Braut durch ein ausgeschnittenes Herz trägt. Er war zu diesem Zeitpunkt schon seit einem Monat wegen des Bandscheibenvorfalles krankgeschrieben. Durch diese Aktion habe der Lagerist den Heilungserfolg gefährdet und sich grob gesundheitswidrig verhalten, hatte der Arbeitgeber – eine Spedition aus Willich – argumentiert. Dass er geheiratet hat, während er krankgeschrieben war, spielte keine Rolle.

Die Genesung gefährdet

Der 1,95 Meter große Mann vertrat die Auffassung, er habe seine Ehefrau im Überschlag der Gefühle kurz hochgehoben – das rechtfertige keine Kündigung. „Meine Frau ist 1,67 Meter groß und hat selbst hochschwanger nur 62 Kilo gewogen.“ Drei Tage nach der Hochzeit bekam er die fristlose Kündigung. Das Kind wurde am 5. Juli geboren.

Arbeitsrechtler raten generell zur Vorsicht in sozialen Netzwerken. Es passiere öfter, dass krankgeschriebene Beschäftigte entlassen werden, weil sie im Karneval oder bei Umzügen Höchstleistungen erbringen und Bilder davon auf Facebook einstellen. Der Krefelder Arbeitsgerichtsdirektor Olaf Klein betont, dass als Kündigungsgrund generell anerkannt wird, wenn Krankgeschriebene gesundheitswidrig handeln. (dpa)

BAUARBEITEN

Engpass im Dreieck Heumar

Köln. Am Wochenende müssen sich die Autofahrer auf der A3 zwischen Kreuz Köln-Ost und Heumarer Dreieck auf Behinderungen einstellen. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW lässt von Freitag, 22 Uhr, bis Montag, 5 Uhr, Schäden auf der Fahrbahn Richtung Frankfurt beseitigen. Es stehen nur zwei statt vier Spuren zur Verfügung. Die Verbindungen zur A59 nach Bonn und zur A4 nach Aachen sind gesperrt. Die Umleitung über Königsforst (A3) und Flughafen (A59) sind mit einem roten Punkt gekennzeichnet. (bce)

Kontrolleure brauchen Verstärkung

Seit Jahren verspricht das Land der Lebensmittelüberwachung mehr Personal, doch das Ziel ist noch nicht erreicht

VON FABIAN KLASK

Düsseldorf. Dioxin-Eier, Gammelfleisch oder Pferdelasagne. Ist der Lebensmittel-Skandal erst offenbar, sind die Reaktionsmuster der Politik immer die gleichen: Die Regierenden im Land schreiben einen Aktionsplan, und darin versprechen sie mehr Kontrollen und schärfere Gesetze.

Beispiel 2006: Als sich viele Bürger in NRW vor gammeligem Dönerspießen ekelten, versicherte NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die Zahl der Lebensmittelkontrolleure mittelfristig von 300 auf 600 zu erhöhen. An diesem Ziel werde man festhalten, sagte 2008 der Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg

serie
STAND DER DINGE
Lebensmittel-Kontrollen



(CDU) – und lieferte gleich eine neue Zahl: Bis zum Jahr 2012 werde es in NRW rund 150 zusätzliche Lebensmittelkontrolleure und Kontrollassistenten geben. Hat die Landespolitik ihr Ziel erreicht? Ein Überblick.

WAS BISHER GESCHAH:

Die von Jürgen Rüttgers ins Spiel gebrachte Zielmarke von 600 Lebensmittelprüfern hat das Land nicht geschafft, obwohl auch der seit 2010 amtierende grüne Umweltminister Johannes Remmel daran festhält. 2012 gab es in den nordrhein-westfälischen Städten und Kreisen 343 Lebensmittelkontrolleure – gut 40 mehr als 2008. Unterstützung bekamen sie von mehr als 60 Kontrollassistenten, die vom Land finanziert werden.

Für Martin Müller, den Chef des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, steht fest: „Es sind noch immer zu wenig.“ Er schätzt,



Lebensmittelprüfungen sind nötig – in NRW aber fehlen Kontrolleure.

BILD: DPA

dass in NRW mindestens 600 Kollegen gebraucht würden, um den „Kontrolldruck“ in der Lebensmittelindustrie, aber auch in Kneipen und Imbissbuden auf einem hohen Niveau zu halten. „Dann kann es zwar immer noch Skandale geben. Aber die Sicherheit für die Ver-

braucher steigt natürlich, wenn es mehr Kontrollen gibt.“ In besonders schlecht besetzten Ämtern, sagt Müller, müsse ein Lebensmittelprüfer die schwarzen Schafe unter 1500 Betriebe aufspüren. „Das weicht dann von jeglichen Standards ab.“ In guten Fällen seien es

250 Betriebe pro Kontrolleur. In Köln hat nach Auskunft der Stadt ein Mitarbeiter bis zu 600 Betriebe zu kontrollieren.

Mit Blick auf die Personalstärke bei den Ämtern für Lebensmittelüberwachung hält Verbandschef Müller fest: „Aus dem Pferde-

fleischskandal wurde nichts gelernt.“ Die Strategie der Kollegen habe allerdings nichts mit der Personalausstattung zu tun: „Es wird risikoorientiert kontrolliert“, sagt Müller. Wer etwa rohen Fisch oder Babynahrung verarbeite, der bekomme häufiger Besuch von der Lebensmittelüberwachung als der Getränkemarkt um die Ecke.

SO GEHT ES WEITER:

Das Land will den Städten und Kreisen, die für die Lebensmittelüberwachung zuständig sind, nach Angaben des Umweltministeriums weiter helfen und die Kosten für die Kontrollassistenten auch weiterhin übernehmen. Inzwischen gibt es zudem ein landeseigenes Team, das vor allem bei größeren Skandalen zum Einsatz kommt. Zugleich glaubt man im Umweltministerium an ein anderes Druckmittel, um vor allem

Verbraucherminister setzt auf öffentlichen Druck und das Internet

schlechte Hygiene in Bars und Restaurants zu bekämpfen: Die Macht der Öffentlichkeit. So veröffentlichte das Land auf seinem Hygiene-Portal im Internet – von Kritikern auch Pranger genannt – die Namen von Restaurants und Imbissen, die es mit unerlaubten Zusatzstoffen im Essen nicht allzu ernst nahmen. Doch nach einem Urteil musste das (nicht besonders emsig genutzte) Portal vom Netz. Remmel will nun darauf drängen, dass die Seite per Bundesgesetzänderung wieder erlaubt wird.

Mit ihrem Vorschlag zur „Hygiene-Ampel“ hatten sich Remmel und einige Ministerkollegen im Bund nicht durchsetzen können: Restaurants sollten dazu verpflichtet werden, das Ergebnis der Kontrolle in den Ampelfarben Rot, Gelb oder Grün im Betrieb auszuhängen. Seit Juni wird in NRW ein neuer Ampel-Anlauf geprobt – aber nur als Modellprojekt in Duisburg und Bielefeld.

Das sagen die Parteien



Die Sozialdemokraten wollen, dass die Kontrollen in Zukunft hauptsächlich von den Lebensmittel-Unternehmen finanziert werden. Dadurch soll mehr Geld zur Verfügung stehen. Die SPD hat die Regierung außerdem gemeinsam mit den Grünen dazu aufgefordert, die Zusammenarbeit der einzelnen Ämter auf Schwachstellen zu prüfen.



Die CDU-Fraktion im Landtag will die Lebensmittelüberwachung weiterhin von Einsparvorschlägen ausnehmen. Um das System der Kontrollen zu verbessern, fordern die NRW-Christdemokraten eine einheitliche Datenbank für das Land Nordrhein-Westfalen vor, in die alle Prüfergebnisse aus den Städten, Kreisen und des Landes einfließen.



Die Grünen wünschen sich einige neue gesetzliche Regelungen. So soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Tippgeber aus der Lebensmittel-Branche vor Repressalien und Kündigung geschützt werden. Außerdem sollen die Qualitätsstandards für Eigenkontrollen der Betriebe erhöht werden.



Die Liberalen setzen auf staatliche Kontrollen, ebenso aber auf die Verantwortung der Lebensmittelbranche. Sie soll „Eigenkontrollen nach zertifizierten Qualitätsmaßstäben“ einführen. Der Staat würde vor allem die Kontrolleure kontrollieren, so die FDP. Nicht in jedem Stall und an jeder Theke könne ständig ein Amtskontrolleur aufpassen.



Die Piraten werfen der Landesregierung vor, den Verbraucherschutz vor allem als Eventpolitik zu betreiben. Das Umweltministerium von Johannes Remmel handele vor allem dann, wenn ein aktueller Lebensmittelskandal aufkomme. Stärker überwacht werden sollte aus Sicht der Piraten der Medikamenteneinsatz bei Tieren.

Eine App zum Abstrampeln

TOURISMUS Gratis-Angebot wirbt für regionale Themen-Radtouren

Köln. Der Verein Radregion-Rheinland (RRR), ein Verbund regionaler Tourismusorganisationen, hat eine umfangreiche Radtouristik-App entwickelt. In der kostenlosen Anwendung mit dem Titel „Quo Radis“ sind Rad-Touren durch die Region abrufbar, wobei die App die Radler wie bei einem Navigationsgerät die Strecke entlang führt. Die angebotenen Fahrten sind zwischen 27 Kilometer und 470 Kilometer lang.

Fünf Routen haben ein bestimmtes Thema und bieten eine Fülle an Informationen in Form von Texten und Kurzfilmen über Sehenswürdigkeiten am Wegesrand, etwa die

animierte Route „Historische und moderne Architektur in Köln“ oder „Wind- und Wassermühlen“ im Rhein-Erft-Kreis in der ein Müller in einem Video die Funktion der Grottenhertener Mühle erläutert.

„Bis Ende des Jahres kommen noch 15 Themenrouten dazu“, sagt RRR-Geschäftsführerin Mirca Litto. Dann ist die App (derzeit nur für iPhones) auch für Android-Handys zu haben. Alle Touren der App bieten Informationen über Eintrittspreise und Öffnungszeiten von Lokalen und Ausflugszielen. Auch Rad-Werkstätten sind verzeichnet. Die Nutzer können auch

eigene Routen planen, indem sie selbst Wahl-Ziele eingeben. Die App berechnet die Strecke und greift dabei auf das 3000 Kilometer lange Radwegenetz der Region zu. Die Entwicklung der App kostete 450000 Euro, 80 Prozent förderten Land und EU.

„Tourismus ist eine Wachstumsbranche, die man fördern muss“, sagt Günther Horzetzky, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Die Rad-App helfe dabei. Allein durch die Radtouristik hätten die Herbergen in NRW 2012 rund 1,7 Millionen Übernachtungen verzeichnet. (og) www.radregionrheinland.de

SALAFISTEN-RAZZIA

Verdacht auf Volksverhetzung

Köln/Stuttgart. In einer bundesweiten Aktion haben Ermittler des Landeskriminalamt Baden-Württemberg 21 Wohnungen und Büros von Männern durchsucht, die im Verdacht stehen, volksverhetzende islamistische Schriften veröffentlicht und verkauft zu haben. Es geht um elf Beschuldigte, einer lebt in Köln.

Die Verdächtigen sollen mit der salafistischen Schrift „Missverständnisse über Menschenrechte im Islam“ in deutscher und arabischer Sprache zum Hass gegen gegen fehlerhaft praktizierende Moslems aufgerufen und drastische Strafen propagiert haben. Die

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften stuft die Publikation des in Saudi-Arabien lebenden Autors Abdul Rahman Al-Sheha als jugendgefährdend und verrohend ein und indizierte sie. Das LKA Baden-Württemberg teilte mit, dass die Lektüre solcher Schriften „einen wichtigen Bestandteil bei der Radikalisierung von Personen darstellt, die am Islam interessiert sind“. In NRW wurden neun Objekte durchsucht – in Köln, Bonn, Dortmund und Wuppertal. Die Ermittler stellten Computer, indizierte Bücher und Schriften sicher. Die Ermittlungen dauern an. (hst)